

## Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Auf den **internationalen Aktienmärkten** gab es im **dritten Quartal** eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Der Weltaktienindex in Euro stieg noch einmal leicht um zwei Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Der Aktienmarkt in der Schweiz hingegen, der für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds mit einem Anteil Schweizer Aktien von derzeit knapp 58 Prozent am gesamten Aktienanteil des Fondsvermögens besonders von Bedeutung ist, hatte zum ersten Mal seit einiger Zeit wieder einen Kursrückgang zu verzeichnen. Der *SMI* fiel – insbesondere durch einen sehr schwachen September – im Berichtszeitraum um rund zwei Prozent von rund 11.900 Punkte auf knapp 11.700 Punkte:



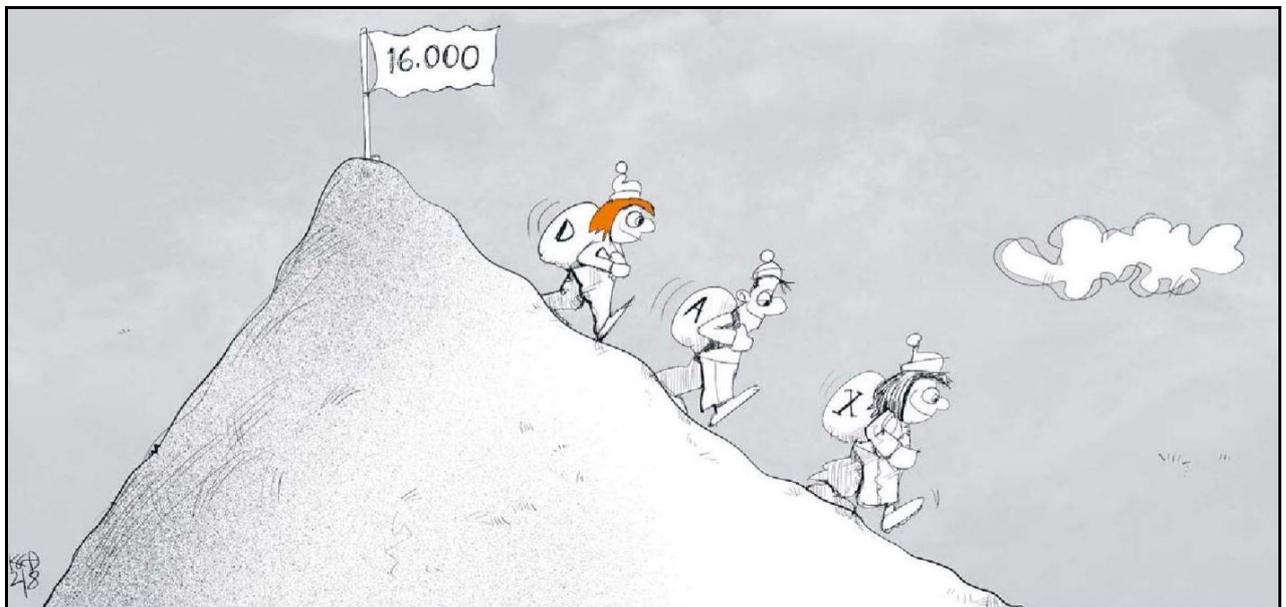
Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Und auch am deutschen Aktienmarkt gab es einen Rückgang der Kurse. Der *DAX* verlor in den letzten drei Monaten knapp zwei Prozent und fiel von 15.500 Punkten zu Quartalsbeginn auf knapp 15.300 Punkte:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

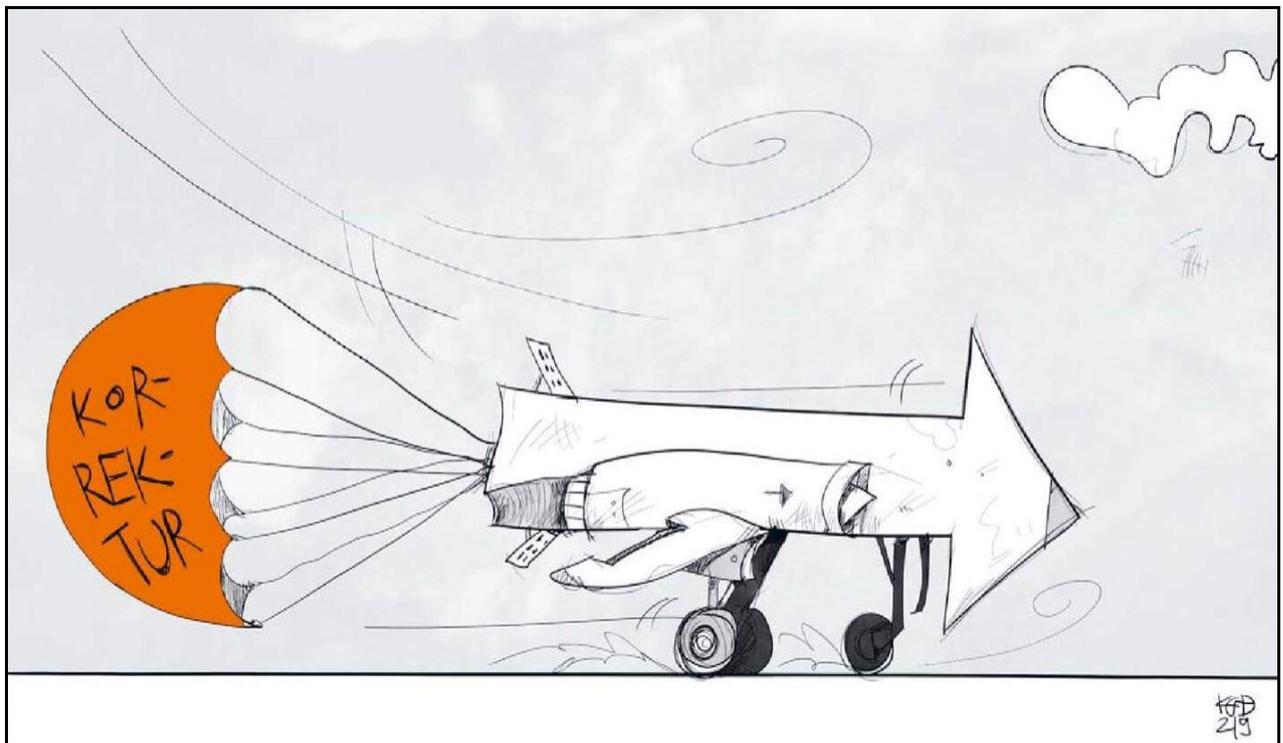
Nach dem Gipfelsturm Mitte August auf den bisherigen Rekordstand von 16.000 Punkten geht es mit dem DAX also vorläufig bergab:



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. August 2021, Seite 26

Aber der bisherige Höchststand von 16.000 Punkten im DAX wird genauso wie der vorläufige Rekordstand von knapp 12.600 Punkten im SMI im Laufe der Zeit durch neue Höchststände abgelöst – wie jeder bisherige Rekord in der Vergangenheit. Wir wissen nur noch nicht wann!

In der jetzigen Börsensituation müssen wir jedoch mit einem Abbremsen der bisherigen „Börsenrakete“ rechnen. Die Aktienkurse befinden sich nach den Höhenflügen der letzten anderthalb Jahre in einer notwendigen und sinnvollen Korrekturphase:



Quelle: *Handelsblatt* vom 30. September 2021, Seite 26

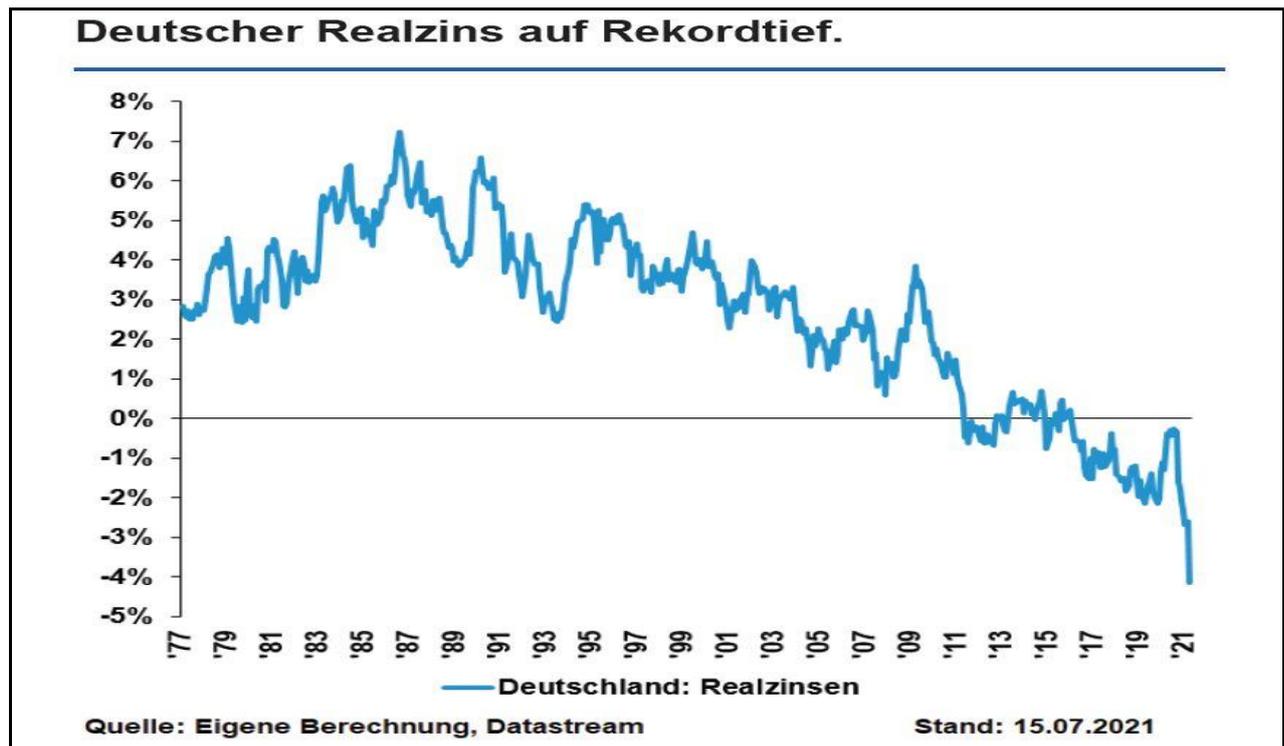
Wir werden zum Schluss dieses Quartalsberichtes noch näher auf die aktuelle Korrekturbewegung an den internationalen Aktienmärkten zu sprechen kommen. Aber so viel schon vorab: es ist eine Korrektur, keine Baisse!

An den **Rentenmärkten** gab es im abgelaufenen Quartal nur sehr wenig Bewegung. In der Schweiz pendelte die Rendite der zehnjährigen Eidgenossen um die Marke von -0,20 Prozent. Und auch in Deutschland schwankte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen ohne große Veränderungen im Bereich von -0,20 Prozent.

In Deutschland sorgt die in den letzten Monaten wieder deutlich angezogene Inflationsrate für kräftig sinkende Realzinsen. Die Realzinsen ergeben sich aus der Differenz der bei einer Investition erzielbaren Nominalzinsen abzüglich der aktuellen Inflationsrate. Und die Inflationsrate lag im September bei 4,1 Prozent, das ist der höchste Stand seit 28 Jahren!<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Oktober 2021, Seite 23.



Quelle: *FINANZWOCH*E vom 12. August 2021, Seite 8

Wer in der jetzigen Zeit Geldanlagen in Staatsanleihen guter Bonität, in Festgeld oder auf dem Sparbuch tätigt, verliert zwangsläufig jedes Jahr einen Teil seines Geldes – und zwar mit absoluter Sicherheit! Aktuell beläuft sich der regelmäßige Verlust auf über vier Prozent pro anno (siehe die blaue Kurve in der obigen Grafik), Tendenz steigend. Das *Handelsblatt* liefert für diese Prognose die Begründung und warnt: „Und es wird in diesem Jahr noch weiter Richtung fünf Prozent gehen. Davon jedenfalls ist Bundesbank-Präsident Jens Weidmann überzeugt.“<sup>2</sup>

Am **Devisenmarkt** ist der Wechselkurs des Schweizer Franken gegenüber dem Euro im dritten Quartal wieder leicht gestiegen. Der Euro verlor im Umkehrschluss an Wert und fiel von 1,10 auf 1,08 Franken. Als in der ersten Augustwoche der Euro zwischenzeitlich sogar auf 1,07 Franken sank, intervenierte die Schweizerische Nationalbank zum wiederholten Mal, um zu verhindern, dass ihre Landeswährung zu schnell und zu stark gegenüber dem Euro aufwertet.<sup>3</sup>

Für die mittel- und langfristige Kursentwicklung des Euro im Vergleich zum Schweizer Franken spielt die Inflationsdifferenz der beiden Währungsgebiete eine entscheidende Rolle. Und die spricht eindeutig für eine weitere Abwertung des Euro. Bis vor kurzem

<sup>2</sup> *Handelsblatt* vom 1. - 3. Oktober 2021, Seite 42.

<sup>3</sup> Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 14. August 2021, Seite 15. Allein in dieser ersten Augustwoche kaufte die Schweizerische Nationalbank Euro im Gegenwert von 1.200 Millionen Franken, um den Kursverfall des Euro zu bremsen. In dem Artikel „Rückkehr in den Interventionsmodus“ wird zu den Eingriffen der Schweizerischen Nationalbank am Devisenmarkt zur Eindämmung des Kursanstiegs des Schweizer Franken das Fazit gezogen: „Die Nationalbank dürfte sich daher vor allem darauf konzentrieren, dass die Bewegungen nicht zu schnell werden. Das ist ihr vorläufig gelungen.“

verfolgte die Europäische Zentralbank noch ein Inflationsziel von nahe, aber unterhalb von zwei Prozent. Die neue Strategie sieht jetzt eine symmetrische Auslegung des Inflationsziels von zwei Prozent im Euroraum vor. Wenn einige Jahre die Inflationsrate ständig unterhalb der Zielmarke von zwei Prozent lag, dann kann sie nach der neuen Vorgabe der Europäischen Zentralbank auch einige Jahre oberhalb von zwei Prozent liegen.



Quelle: *Handelsblatt* vom 9. - 11. Juli 2021, Seite 28

Und wenn man sich die aktuellen Inflationszahlen im Euroraum in Höhe von 3,4 Prozent<sup>4</sup> anschaut und mit der Inflationsrate in der Schweiz von 0,4 Prozent<sup>5</sup> vergleicht, dann erkennt man das **Abwertungspotential des Euro**. Noch wollen uns Politiker und Notenbanken glauben machen, dass die höheren Inflationsraten ein vorübergehendes Phänomen sind. Wir von *Schmitz & Partner* halten diese Sicht der Dinge für zu optimistisch. Auch die Chefökonomin der Weltbank, *Carmen Reinhart*, misstraut den Beschwichtigungen und erklärt: „Ich glaube, dass die Inflation dauerhafter als gedacht sein wird.“ Sie befürchtet: „Je länger sie anhält, desto stärker beeinflusst sie die Inflationserwartungen. Und je stärker die Erwartungen beeinflusst werden, desto länger wird es dauern, bis die Inflation wieder sinkt.“<sup>6</sup>

Darüber hinaus ist es schwer vorstellbar, dass die Unmengen an „frisch gedrucktem Geld“ keine anhaltende Inflation verursachen, selbst wenn die seit Jahren stetig sinkende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes einen stark dämpfenden Effekt bewirkt. Professor *Hans-Werner Sinn* führt dazu aus: „Von Beginn der Finanzkrise Mitte 2008 bis Mitte 2021, also in nur 13 Jahren, ist die Zentralbankgeldmenge im Euro-Raum von knapp 900

<sup>4</sup> Vgl. *DER SPIEGEL* vom 9. Oktober 2021, Seite 68.

<sup>5</sup> Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 8. August 2021, Seite 18. Für die Jahre 2022 und 2023 erwartet die Schweizerische Nationalbank lediglich eine Inflationsrate von jeweils 0,6 Prozent.

<sup>6</sup> Beide Zitate stammen aus einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 30. September 2021 auf Seite 21.

Milliarden Euro auf knapp 5,8 Billionen Euro gestiegen. Sie hat sich also versechsfacht.“ Daher befürchtet Sinn: „Das deutet auf **erhebliche Inflationsgefahren** hin“.<sup>7</sup> Und Professor *Otmar Issing* ergänzt: „Doch es bleibt eine Tatsache, dass die Nominallöhne und die Preise für Waren und Dienstleistungen ohne entsprechende Ausweitung der Geldmenge nicht immer weiter steigen können.“<sup>8</sup>

Es ist nicht immer ganz einfach, den Zusammenhang zwischen einer Geldmengenvermehrung und anschließendem Preisanstieg zu erkennen, zumal die Geldmengenausweitung häufig erst mit einer entsprechenden Zeitverzögerung auf die Preisentwicklung wirkt. Bildlich kann man sich die Wirkung der Geldmengenvermehrung auf die Volkswirtschaft wie einen Wasserrohrbruch im Wohnhaus vorstellen: Zunächst bekommt man gar nicht mit, dass ein Rohr gebrochen ist. Nach einer Zeit beginnt es in einer Zimmerecke feucht zu werden, dann zeigt sich die Nässe großflächig und weitet sich auch auf andere Zimmer aus. Irgendwann ist dann das ganze Gebäude durchtränkt. Ganz ähnlich sorgt auch eine Geldmengenvermehrung über die Zeit für höhere Preise auf breiter Front.<sup>9</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 1. September 2021, Seite 14

Zusätzlich deutet auch der Rekordanstieg der Erzeugerpreise in der Eurozone auf weiterhin hohe Inflationsraten auf Konsumentenebene hin. Laut Mitteilung des europäischen Statistikamtes *Eurostat* legten die Preise auf Produzentenebene im August

<sup>7</sup> Diese zwei Aussagen sind der *WirtschaftsWoche* vom 16. Juli 2021 auf Seite 41 entnommen. Hervorhebung durch *Schmitz & Partner*. Sinn war von 1999 bis 2016 Präsident des *Ifo Instituts* in München.

<sup>8</sup> *Otmar Issing* in seinem Aufsatz „Kehrt die Inflation zurück?“ in *TiaM FundResearch* vom 4. August 2021; auch veröffentlicht unter <https://www.boerse-online.de/nachrichten/geld-und-vorsorge/teuerung-kehrt-die-inflation-zurueck-1030786966>. Issing war Chefökonom und Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank und ist heute Präsident des *Center for Financial Studies* der Frankfurter Goethe-Universität.

<sup>9</sup> Dieses Bild ist dem *Degussa Marktreport* vom 7. Oktober 2021 auf Seite 3 entlehnt.

gegenüber dem Vormonat in den Euroländern um 13,4 Prozent zu.<sup>10</sup> Professor *Frank Scheffold* erkennt noch einen anderen Grund für die hohen Inflationsraten: die von der Politik verursachten restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise. Er führt aus: „Auch die möglichen Kollateralschäden der Maßnahmen wurden kaum bedacht, und so sind die globalen Verwerfungen, die wir derzeit erleben, von Produktionsausfällen aufgrund unterbrochener Lieferketten bis zur drohenden Inflation, letztlich eine Folge der Maßnahmen und nicht der Pandemie selber.“<sup>11</sup>

Wir von *Schmitz & Partner* sind gespannt, wie lange unsere Politiker die massiven Schäden ihrer Corona-Politik für die Wirtschaft noch in Kauf nehmen wollen bzw. können und zeitgleich den indirekten Impfwang immer weiter ausdehnen:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Juli 2021, Seite 2

Unabhängig von den Folgeschäden der Corona-Maßnahmen kommt hinzu, dass höhere Inflationsraten im Euroraum von der Politik erwünscht sind; siehe hierzu auch das dem Quartalsbericht beiliegende Interview mit dem Verfasser dieser Zeilen mit dem Titel: „**Die höhere Inflation ist politisch gewollt**“. Nur mit hohen Inflationsraten kann der gigantische Schuldenberg der Eurostaaten in Zukunft abgetragen werden. Zwar nicht

<sup>10</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Oktober 2021, Seite 23. Die Erzeugerpreise in der Eurozone sind damit so stark gestiegen wie noch nie seit der Einführung des Euro vor über zwanzig Jahren.

<sup>11</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Oktober 2021, Seite 19. Scheffold ist Professor für Physik an der Universität Freiburg in der Schweiz.

nominal, aber real. Allein die aktuelle Inflationsrate von vier Prozent würde die Staatsschulden in Deutschland ceteris paribus in 18 Jahren kaufkraftbereinigt halbieren!

Das wäre auch dringend nötig, denn die Schulden steigen immer schneller. Im ersten Quartal 2021 erreichte die Staatsverschuldung im Euroraum zum ersten Mal seit Beginn der Währungsunion mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein Jahr zuvor hatte sie noch bei 86 Prozent gelegen.<sup>12</sup> „Und in Zukunft dürfte sich die Schuldenspirale noch schneller drehen. So drängen vor allem Frankreich und Italien darauf, den Euro-Stabilitätspakt, der die Schulden begrenzen soll, abermals aufzuweichen.“<sup>13</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 28. September 2021, Seite 30

Und das sind nur die offen ausgewiesenen Staatsschulden. Allein in Deutschland, das mit 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum noch eine gemäßigte Staatsverschuldung ausweist, kommen aber noch Lasten von 370 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Form sogenannter impliziter Schulden hinzu. In absoluten Zahlen entspricht das einem Betrag von 14.700 Milliarden Euro. Das ist **„der größte unsichtbare Schuldenberg in der Geschichte“**.<sup>14</sup>

Mit den impliziten Schulden wird ermittelt, über welche Rücklagen der Staat aktuell verfügen müsste, um alle heute schon für seine Bürger zugesagten Ausgaben ohne

<sup>12</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. Juli 2021, Seite 23. Am höchsten sind die Staatsschulden unverändert in Griechenland mit knapp 210 Prozent und in Italien mit 160 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

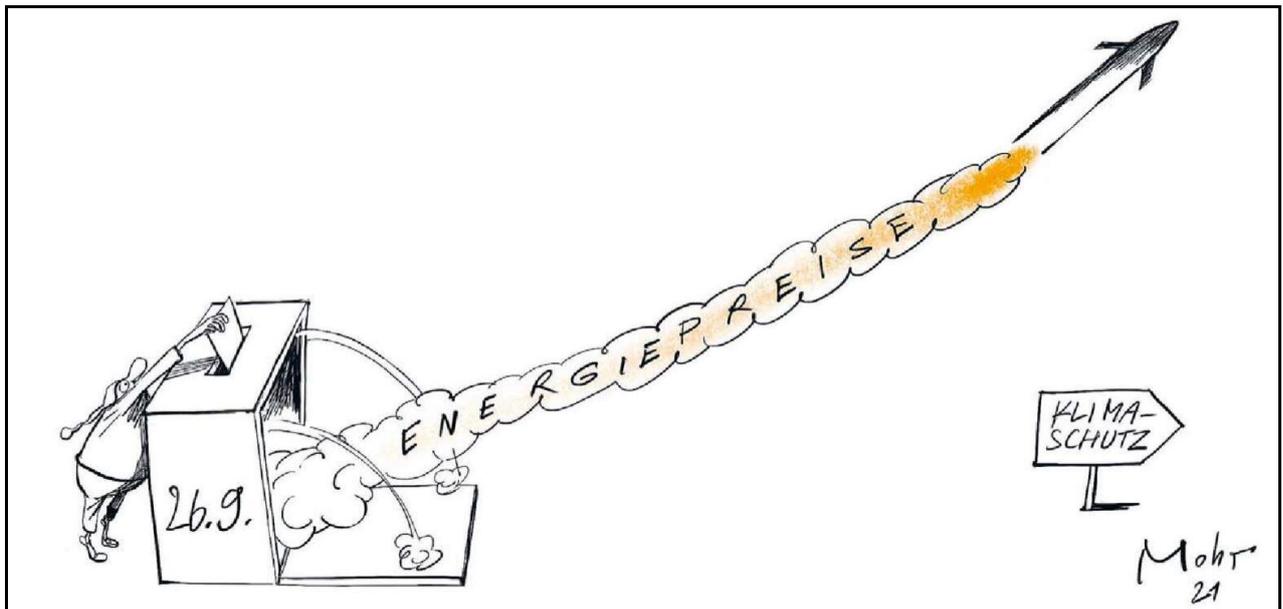
<sup>13</sup> *WirtschaftsWoche* vom 20. August 2021, Seite 20. In der Titelgeschichte auf den Seiten 14 bis 21 wird insbesondere die Rolle der Zentralbanken kritisch hinterfragt. Eine der Aussagen im Text lautet: „Die Notenbanken avancieren zum Wegbereiter eines geldsozialistisch gedüngten Staatskapitalismus.“ (Seite 20)

<sup>14</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. August 2021, Seite 17. Das Zitat stammt vom Freiburger Finanzwissenschaftler Professor *Bernd Raffelhüschen*.

Steuer- oder Beitragserhöhungen zu finanzieren. Einer der Haupttreiber für immer höhere implizite Staatsschulden ist stets die Alterung der Gesellschaft. Denn wenn die Gruppe der Sozialleistungsbezieher im Verhältnis zur Gruppe der Steuer- und Beitragszahler immer größer wird, was durch den demografischen Effekt zwangsläufig der Fall ist, reißen selbst bei unveränderten Gesetzen im Zeitverlauf immer größere Finanzierungslücken auf. Und das ständige Ausweiten von Sozialleistungen durch unsere (un)verantwortlichen Politiker vergrößert die Lücke dann noch zusätzlich! *Siegmar Gabriel* bringt die Ursache des Problems auf den Punkt: „Manch handelnder Politiker erinnert mich deswegen an einen Golfer, der gerne beim berühmten Ryder Cup antreten würde, aber nicht mal Minigolf beherrscht.“<sup>15</sup>

Mit der nach der **Bundestagswahl** wohl zustande kommenden Koalition aus der SPD, den Grünen und der FDP (der sogenannten Ampel) wird Deutschland demnächst auf dem politischen Spektrum noch weiter nach links rücken. Und weiter nach links heißt in diesem Fall: noch weniger ökonomisches Wissen, aber dafür noch mehr ahnungsloses Wunschdenken. Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* schreibt sehr schön von einer kommenden „**Wirtschaftspolitik der Illusionen**“ und moniert: „Die Umbrüche unserer Zeit verlangen mehr Marktwirtschaft. Vielen Politikern fehlt dafür das Verständnis.“<sup>16</sup>

Und so werden wir nicht nur durch die Decke gehende Energiepreise als Resultat des Wahlergebnisses zur Bundestagswahl vom 26. September erleben:



Quelle: *Handelsblatt* vom 23. September 2021, Seite 18

<sup>15</sup> *WirtschaftsWoche* vom 8. Oktober 2021, Seite 24. Gabriel war von November 2009 bis März 2017 Bundesvorsitzender der SPD und von Dezember 2013 bis März 2018 Vizekanzler.

<sup>16</sup> *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 10. Oktober 2021, Seite 17. Der Autor *Gerald Braunberger* warnt in seinem Artikel angesichts „der wirtschaftspolitischen Überzeugungen wichtiger Akteure“ vor einer Wiederholung der Fehleinschätzungen der sozialliberalen Regierung unter *Willy Brandt* ab Herbst 1969, was damals zu viel zu hohen Lohnsteigerungen, zu einer stark steigenden Staatsverschuldung und zu einer Inkaufnahme einer hohen Geldentwertungsrate führte.

Bereits einige Tage vor der Bundestagswahl hielt Professor *Wolfgang Reitzle* auf dem FDP-Parteitag eine in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Begrüßungsrede<sup>17</sup>, in der er auch auf die Rettung des Klimas zu sprechen kam: „Wir müssen endlich begreifen: Das Klima retten wir entweder global oder gar nicht.“ Reitzle verdeutlichte: „Unsere Situation gleicht der eines Schiffes, das zu sinken droht. Dabei läuft das Wasser vorne und hinten gleichzeitig rein. Allerdings ist das Loch vorne, also bei uns, viel kleiner als das Loch hinten, also in China und Afrika.“ Und weiter: „Warum konzentrieren wir uns nicht auch und besonders auf das große Loch? Wer so viel Wert darauf legt, dass auch kleine Beiträge zum Klimaschutz zählen, der muss doch große Beiträge besonders begrüßen.“

Reitzle haderte auch mit der wirtschaftlichen Situation in Deutschland, beklagte den seit Jahren anhaltenden Abstieg Deutschlands im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften und fragte: „Wo sind wir überhaupt noch führend? Ganz sicher bei Steuern, Umverteilung und vor allem natürlich beim Strompreis. Und genau dafür haben einige Parteien ja Pläne, diese Führungsposition noch auszubauen.“

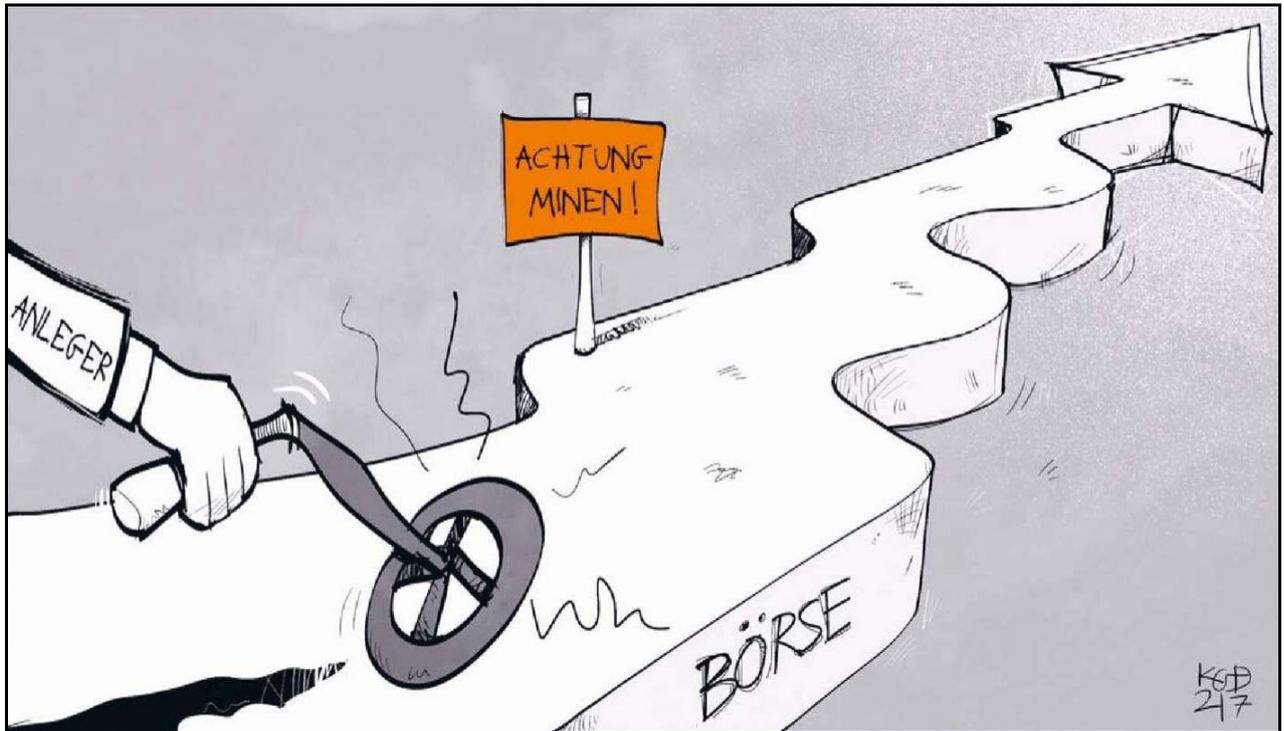
Wir von *Schmitz & Partner* bedauern sehr, dass solche Persönlichkeiten wie Reitzle zwar häufig in der Wirtschaft, aber so gut wie nie in der Politik zu finden sind. Deutschland bräuchte mehr Leute wie Wolfgang Reitzle und weniger *Annalena Baerbock*, *Saskia Esken*, *Norbert Walter-Borjans* oder gar *Kevin Kühnert*, wenn das Land seine lange Zeit führende Rolle in der Weltwirtschaft wieder zurück gewinnen will. Erst müssen die Voraussetzungen für Wohlstand geschaffen werden, dann kann man über die (gerechte) Verteilung diskutieren!

An den internationalen **Aktienbörsen** gab es in den letzten Wochen eine **deutliche Korrektur**. So hat zum Beispiel die Schweizer Börse (SMI) seit dem bisherigen Höchststand Mitte August bis heute rund acht Prozent eingebüßt. Das ist eine Korrektur, keine Baisse. Natürlich gibt es einige Nachrichten, die Sorgen machen können. So zum Beispiel die drohende Pleite des chinesischen Immobilienkonzerns Evergrande, die drastisch gestiegenen Energiepreise, Lieferengpässe in vielen Branchen, die wieder anziehende Inflation usw. Aber ein Minenfeld auf dem Weg nach oben war die Börse schon immer:

---

<sup>17</sup> Die folgenden Zitate sind nachzulesen unter *FOCUS Online* vom 20. September 2021, 16 Uhr 48, sowie unter der Adresse [https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/auf-dem-fdp-parteitag-wirtschafts-boss-reitzle-aeussert-sich-klar-das-klima-retten-wir-entweder-global-oder-gar-nicht\\_id\\_24259692.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/auf-dem-fdp-parteitag-wirtschafts-boss-reitzle-aeussert-sich-klar-das-klima-retten-wir-entweder-global-oder-gar-nicht_id_24259692.html).

Die 22-minütige und überaus lohnenswerte Rede von Wolfgang Reitzle ist in voller Länge unter <https://www.youtube.com/watch?v=pREZ5sFeOW4> abrufbar. Reitzle ist Chairman der Linde plc und seit 2009 Aufsichtsratsvorsitzender der Continental AG.



Quelle: *Handelsblatt* vom 20. Juli 2021, Seite 26

Es gibt keinen Grund für Pessimismus. Seit nunmehr vier Quartalen haben die Unternehmen ihre Gewinne sehr viel stärker gesteigert, als Anleger die Aktienkurse nach oben getrieben haben. So sind zum Beispiel die im Deutschen Aktienindex DAX gelisteten Unternehmen an der Börse momentan 15-mal so viel wert, wie die Konzerne in diesem Jahr netto verdienen werden. Dieser Wert liegt nur minimal über dem Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte.<sup>18</sup>

In einer solchen Konstellation kommt es nur unter zwei Voraussetzungen zu einer Baisse mit kräftig fallenden Aktienkursen: die Unternehmensgewinne brechen ein oder die Notenbanken heben die Zinsen deutlich an. Beides ist nicht in Sicht. Und darum gibt es zu Aktien auch keine ernsthaften Alternativen!

Wir von *Schmitz & Partner* werden jedenfalls nicht den Versuch unternehmen, durch Aktienverkäufe in größerem Stil und spätere Rückkäufe zu (erhofft) niedrigeren Kursen – sogenanntes „Timing“ – zusätzliche Gewinne mit den uns von Kunden anvertrauten Vermögen zu erzielen. Das führt erwiesenermaßen nur zu Verlusten, aber nicht zu Gewinnen. „Im Durchschnitt erzielen Anleger durch schlechte Timingentscheidungen zwei Prozent weniger Rendite pro Jahr. Das bedeutet, dass sie öfter zum falschen Zeitpunkt ein- und aussteigen als zum richtigen, was als ‚Behavior Gap‘ (Verhaltenslücke) bezeichnet wird. Eine neue Studie zeigte sogar, dass ungünstiges Timing neben einer geringeren Rendite auch noch zu einem höheren Risiko führt.“<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 30. September 2021, Seite 26.

<sup>19</sup> *TRADERS' Magazin* vom August 2021, Seite 15.

Wir überlassen solche Timingversuche gerne den anderen Börsenteilnehmern:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. September 2021, Seite 6

Zum Abschluss empfehlen wir als ergänzenden Lesestoff zu diesem Quartalsbericht das im Text bereits erwähnte **Interview** mit dem Verfasser dieser Zeilen „Die höhere Inflation ist politisch gewollt“ aus der Septemбераusgabe vom *Smart Investor* auf den Seiten 60 bis 61.

Darüber hinaus freuen wir uns, zum wiederholten Mal eine sehr positive Erwähnung für unseren *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds erhalten zu haben. In der aktuellen **Studie** „Die besten defensiven Mischfonds der vergangenen drei Jahre“ vom *TiAM FundResearch* 19/2021 auf Seite 7 liegt der Fonds mit einer Wertsteigerung von knapp 23 Prozent auf Platz 3 von über einhundert Fonds.